

SYNOPSIS

Im Rahmen des Begutachtungsverfahrens sind folgende Stellungnahmen abgegeben worden, die wie folgt Berücksichtigung finden:

(Die zur Begutachtung versandten Novellierungsvorschläge werden fett und die Feststellungen zu den abgegebenen Stellungnahmen werden kursiv geschrieben)

Seitens der Arbeiterkammer NÖ, der Wirtschaftskammer NÖ, des Gemeindevertreterverbandes der Volkspartei NÖ und des Verbandes Sozialdemokratischer Gemeindevertreter in NÖ wurden keine Einwände erhoben, während seitens der Abteilung LAD1-BI mitgeteilt wurde, dass im Rahmen der Bürgerbegutachtung keine Stellungnahmen eingelangt sind. Vom Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes wurde eine Klarstellung im Rahmen der Erläuternden Bestimmungen gewünscht.

§ 2

Stellungnahme des Verfassungsdienstes/Abteilung Landesamtsdirektion des Amtes der NÖ Landesregierung:

Im Hinblick darauf, dass Art. 14b Abs. 2 Z. 2 B-VG nicht die Gesetzgebungskompetenz sondern die Vollziehung zum Gegenstand hat, schlagen wir vor, das Zitat „gemäß Art. 14b Abs. 2 Z. 2 B-VG“ entfallen zu lassen – wie dies auch im Vorarlberger EVTZ-Gesetz der Fall ist. Der Verweis auf Art. 14b Abs. 2 Z. 2 B-VG sollte stattdessen in den Erläuterungen zu dieser Bestimmung angeführt werden.

Diesem Vorschlag wurde im vorliegenden Entwurf Rechnung getragen und der Verweis auf Art. 14b Abs. 2 Z. 2 B-VG entfernt.